

PERSONALRATSWAHLEN 2011

Nur wer wählt kann auch gewinnen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn Ihr dieses Heft in der Hand haltet, sind es nur noch wenige Tage bis zur Wahl der Personalvertretungen.

Zu den Personalvertretungen gehören im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen nicht nur die örtlichen Personalräte und deren Stufenvertretungen, sondern auch die entsprechenden Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Aus diesem Grund beziehen sich die folgenden Ausführungen auch auf diese.

Mir ist bewusst, dass schon in der April-Ausgabe auf die Personalratswahlen 2011 hingewiesen wurde. Und mir ist auch bewusst, dass sich in diesem Heft noch weitere Beiträge mit diesen Wahlen beschäftigen.

Aber diese Wiederholungen und diese Konzentration auf dieses Thema kommen nicht von ungefähr. Nein, es ist pure Absicht! Denn die Bedeutung dieser Wahlen ist für jeden einzelnen Beschäftigten in der Polizei nicht hoch genug einzuschätzen.

In diesem Monat werden die Personalräte erstmalig für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt (aufgrund der Reform in der Polizei des Freistaates Sachsen teilweise vielleicht auch nur für einen kürzeren Zeitraum). Auf jeden Fall aber für eine Zeit, in der sich vieles verändern wird. Ich muss nicht in die berühmte Glaskugel schauen, um zu prophezeien, dass sich die Anstrengungen unserer Staatsregierung in Grenzen halten werden, zumindest was die sich positiv auf uns auswirkenden Veränderungen betrifft.

Und genau deshalb müssen wir uns in der momentanen Situation stets vor Augen halten, dass vor uns allen enorm wichtige Entscheidungen stehen, bei deren Vorbereitungen, bei deren Verhandlungen und bei deren Umsetzungen die Personalvertretungen und die Gewerkschaften eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Ich denke hierbei als erstes an das Projekt „Polizei.Sachsen.2020“, zu welchem im März 2011 die zweite Runde eingeläutet wurde. In den nächsten Wochen und Monaten wird das Feinkonzept für unsere Polizei gestrickt. Ein Strickmuster, welches unstrittig Einfluss auf die alltägliche Dienstverrichtung bei nicht wenigen Kol-

leginnen und Kollegen, aber auch Einfluss auf die private Sphäre haben wird.

Es werden Tatsachen und Fakten für die kommenden Jahre geschaffen, an deren Entstehung jeder Einzelne von uns durch die Teilnahme an den Personalratswahlen zumindest mittelbar mitwirken kann.

Denn wie heißt es so schön in der Mitteilung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 11. März 2011:

„Die Personalvertretungen sind sowohl in die Arbeit der Vorbereitungsstäbe als auch der Arbeitsgruppen eingebunden. Ebenso werden die Gewerkschaften am Prozess beteiligt.“

Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist es entscheidend, dass wir sowohl in die örtlichen Polizei-Personalräte, als auch in die Stufenvertretungen, nämlich den Polizei-Bezirkspersonalrat und den Polizei-Hauptpersonalrat unsere Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei wählen. Denn sie sind immer auf dem Laufenden, sie sind bestens beraten, aktuell informiert und werden durch ihr kompetentes und qualifiziertes Auftreten stets dafür Sorge tragen, dass die Rechte unserer Kolleginnen und Kollegen verwirklicht werden.

Sie haben das Ohr an der Masse und wissen, wo der Schuh drückt.

Ich denke als zweites an die anstehende Dienstrechtsreform. Sie wird enorme Auswirkungen auf die Versorgung und Besoldung unserer Beamtinnen und Beamten haben. Es werden die Voraussetzungen und Bedingungen hinsichtlich der Versetzung in den Ruhestand ausgehandelt (wir sind schon mittendrin). Es wird um die Grundbezüge, um die Zulagen, Zuschläge, um Urlaub gehen.

In all diesen Verhandlungen kommt es darauf an, dass wir die richtigen Leute an die „Front“ schicken. Es kommt darauf an, diesen Kampf nicht anderen zu überlassen. Inkompetenz und leeres Gerede, auch wenn es noch so traumhaft klingt, sind in diesen Verhandlungen der falsche Partner. Fach- und Sachkompetenz sind gefragt. Blender können wir nicht dulden!

Ich denke weiterhin an vorhandene und demnach zu beseitigende Missstände, wenn ich nur die Stichworte „Arbeitszeit“, „DPNA“ oder „ProSt“ ansprechen darf.



Hagen Husgen

Ich denke weiterhin an Schwierigkeiten, wenn von Versetzungen gesprochen wird, egal ob gleich nach der Ausbildung oder nach einer gewissen Dienstzeit in der Bereitschaftspolizei. Ich denke an Beförderungsstaus, an das nicht mehr zu vertretende Eingangsamt A 7.

Diese Schwerpunkte sind nur Beispiele für Aufgaben, die vor uns stehen. Diese zu meistern, wird unseren weiteren gemeinsamen Weg ausmachen. Und wer unsere Weggefährten sind, das bestimmt Ihr in den nächsten Tagen.

Es ist ganz wichtig, dies zu erkennen.

Wer die Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen der oben genannten Entscheidungen und der Wahl der Personalvertretungen versteht, kann nur zu zwei Entscheidungen kommen:

- Ich werde aus Überzeugung wählen gehen!
- und
- Ich wähle „meine“ Kandidaten der GdP!

(Einen Großteil unserer Kandidaten und deren Kurzstatements findet Ihr auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe.)

Fortsetzung auf Seite 2

ZITAT DES MONATS

Zu einem guten Politiker gehören die Haut eines Nilpferdes, das Gedächtnis eines Elefanten, die Geduld des Bibers, das Herz des Löwen, der Magen des Vogels Strauß und der Humor einer Krähe. Diese Eigenschaften sind allerdings noch nichts wert ohne die Sturheit des Maulesels.

Sir Winston Churchill

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Mai 2011**, war der **1. April 2011**, für die Ausgabe **Juni 2011** ist es der **6. Mai 2011** und für die Ausgabe **Juli 2011** ist es der **3. Juni 2011**.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

PERSONALRATSWAHLEN 2011

Fortsetzung von Seite 1

Der Vorsitzende des Polizei-Hauptpersonalrats Erik Berger machte bereits in der April-Ausgabe zwischen den Zeilen darauf aufmerksam, dass sich in der Vergangenheit noch zu viele Nichtwähler in unseren Reihen befanden. Die Gründe sind unerforscht.

Doch unter dem Eindruck der geschilderten und nun vor uns stehenden Schwerpunkte und dem Gedanken daran, mit dem Ankreuzen der GdP-Kandidaten einen Beitrag in die richtige Richtung geleistet zu haben, sollte das Nichtwählen der Vergangenheit angehören. Nichtwählen bedeutet, dass wir den Kampf anderen überlassen!

Jeder Einzelne hat es in wenigen Tagen selbst in der Hand, das zu verhindern.

Erik Berger appellierte:

„Zeigen wir dem Dienstherrn und Arbeitgeber, dass wir eine starke Gewerkschaft der Polizei sind und durch ein klares Votum unserer Mitglieder die Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei für die örtlichen Personalräte und die Stufenvertretungen unterstützen werden.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Nutzt die Möglichkeit und zeigt, dass auch Ihr durch Eure Stimme die Zukunft der Polizei in Euerm Sinne mitgestalten wollt. Nur wenige „geopferte“ Minuten können so entscheidend sein – für soziale und gerechte Arbeitsbedingungen für eine lange Zeit!

In diesem Sinne:

Ran an die Wahlurnen!

Oder nutzt unter Umständen auch unbedingte die angeordnete Briefwahl!

Nehmt Eure Kolleginnen und Kollegen mit!

Euer

Hagen Husgen

FRAUENGRUPPE

11. Wohlfühlwochenende

Wir laden ein: 11. Wohlfühlwochenende der GdP-Frauengruppe vom 4. bis 6. November 2011 in 08301 Bad Schlema – Preis: 157,00 € pro Person



Im Preis sind enthalten:

- 2 Übernachtungen mit Frühstück im Kurhotel „Bad Schlema“
- Nutzung der Sauna und des Trainingsraumes im Kurhotel
- 1 Bademantel zur Ausleihe für die Dauer des Aufenthaltes
- 1 einmaliger zeitlich unbegrenzter Tagesbesuch im Gesundheitsbad „ACTI-

NON“ inklusive Nutzung der attraktiven Saunalandschaft und der Wellness-oase

- 1 Ganzkörpermassage
- 1 Überraschungsdinner im Restaurant „2000Acht“ des Kurhotels
- 1 Abendessen im Kurhotel am Freitag
- 1 Mittagessen im Kurhotel am Sonntag

Die Kurtaxe in Höhe von 3,00 € (bei Schwerbehinderung 50%) ist vor Ort zu bezahlen. Anmeldungen für das Wohlfühlwochenende unter Angabe der Privatanschrift, GdP-Mitgliedsnummer, Wunsch – Einzel- oder Doppelzimmer mit ... und gewünschte Zusatzbehandlungen (Internet: www.kur-schlema.de) bitte bis 31. Mai 2011 per E-Mail an Gabriele.Einenkel@polizei.sachsen.de

Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt. Es stehen 20 Plätze für GdP-Frauen aus Sachsen zur Verfügung.

Gabriele Einenkel

Vorsitzende der Frauengruppe



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (03 52 04) 6 87 11
Telefax: (03 52 04) 6 87 50
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (03 52 04) 6 87 14
Telefax: (03 52 04) 6 87 18
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 55
Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 88
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



KANDIDATEN ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN 2011

Personalrat bei der Polizeidirektion Leipzig

Stopp ... nimm Dir ein wenig Zeit und lies diese Zeilen!



Matthias Lukat

In diesem Jahr finden wieder Personalratswahlen statt und ich würde mich freuen, wenn die Beschäftigten mit einer hohen Wahlbeteiligung dem Dienstherrn verdeutlichen, dass wir noch mehr zusammenrücken und uns nicht auseinanderdividieren lassen, egal, was auch kommen mag und den Vertretern der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihr Vertrauen schenken.

Du solltest wissen, ...

... dass das schlechte Betriebsklima nicht der Personalrat verursacht und zu verantworten hat.

... dass der Versuch, eine Betriebsklimastudie durchzuführen, um Problemfelder aufzuzeigen und zu minimieren, durch den Innenminister abgelehnt wurde.

Du solltest wissen, ...

... dass wir immer wieder hartnäckig soziale Rahmenbedingungen (u. a. Arbeitszeit) für unsere Beschäftigten einfordern und oftmals auch gerichtlich erkämpfen mussten, aber die Landesregierung das Personalvertretungsgesetz so abänderte, dass man immer mehr nur als „Bittsteller“ als ein adäquater gleichwertiger Partner betrachtet wird.

Du solltest wissen, ...

... dass wir Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur auf einem Papier stehen haben wollen, sondern die Erziehung unserer Kinder oder die Altersteilzeit älterer Kollegen wirklich ermöglicht werden soll und manche Vorgesetzte endlich wieder mehr Sozialkompetenz aufzeigen sollten.

Du solltest wissen, ...

... dass GdP-Personalräte alles unternehmen werden, damit unsere Arbeitnehmer keine Angst vor Kündigungen oder Herabgruppierung wegen der Reform befürchten müssen. Dafür steht auch eine Vielzahl von kompetenten Arbeitnehmervertretern der GdP ein.

Du solltest wissen, ...

... dass wir uns dafür einsetzen, dass der Stellenabbau endlich gestoppt wird und dass die größte Beamten- und Besoldungsreform mit Sachverstand begleitet wird.

Ich bin der Meinung, ...

... wir brauchen ehrliche, verlässliche, kompetente und engagierte Personalräte für unsere Beschäftigten gerade im Hinblick auf die rollende Reform 2020.

Deshalb bitte ich Dich: Beteilige Dich an der Personalratswahl! Wähle die Liste der GdP und damit verlässliche Ansprechpartner!

Matthias Lukat
Vors. der Kreisgruppe der GdP
Polizeidirektion Leipzig



Ekehard Goudschmidt



Angelika Wittke



Ralf Martin



Personalrat bei der Polizeidirektion Dresden

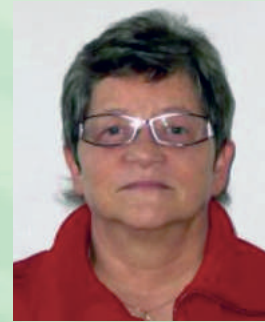


Lutz Schiefner

„Die derzeitige Situation und die nahe Zukunft stellen uns vor enorme Herausforderungen ungeahnten Ausmaßes. Mir ist bewusst, dass durch die anstehende erneute Reform Unsicherheit und Unruhe vorherrschen sowie Zukunftssängste bestehen. Ich möchte mich mit Ehrlichkeit, Kompetenz und Augenmaß diesen Herausforderungen stellen.“

Wesentliche Schwerpunkte meiner Arbeit gelten

- der Erhaltung des Personalbestandes und Abwendung weiterer Stellenreduzierungen
- der kritischen Begleitung des Reformprozesses mit Hauptaugenmerk auf Belange der Beschäftigten
- dem Kampf um die Anerkennung von Leistung, welche sich in der Beurteilungsgerechtigkeit widerspiegeln muss.“



Christine Herden

„Als Verantwortliche des Personalrats für Tarifbeschäftigte setze ich auf folgende Hauptschwerpunkte:

1. eine tarifgerechte Eingruppierung des Tarifpersonals
2. Sicherung der Stellenbesetzung für Tarifpersonal entsprechend ihrer Eingruppierung und der übertragenen Tätigkeit
3. keine Herabgruppierung durch Umstrukturierung.

Des Weiteren darf keine Arbeitsverdichtung für Tarifpersonal erfolgen, sondern vielmehr eine angemessene Bedarfsermittlung nach Aufgabenumfang der einzelnen Organisationseinheiten. Der Wandel von B- in A-Stellen ist für die Beschäftigten von großer Wichtigkeit.“

Personalrat beim Landeskriminalamt Sachsen



Christin Gerull

„Ich stelle mich der Wahl, weil die sich mit der geplanten Neuorganisation im Rahmen des Projektes „Polizei.Sachsen.2020“ verändernden Bedingungen in der sächsischen Polizei es geradezu verlangen, sich stärker einzumischen. Statt zu resignieren, will ich mich dafür einsetzen, dass Veränderungen mit den Beschäftigten gemeinsam vorgenommen werden. Nur ein engagierter und gut informierter Personalrat kann die berechtigten Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen vertreten.“



Frank Pahlke

„Wir als Polizei müssen jede Menge Dreck wegräumen hier in Sachsen. Eigentlich bräuchten wir dazu einen 40-Tonnen-LKW. Zurzeit haben wir zwar nur einen 30-Tonner, doch nach dem Willen der Staatsregierung sollen wir in Zukunft mit einem Leiterwagen auskommen. Wir als Personalräte wollen und müssen dafür sorgen, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen dabei nicht allzu sehr verheben und dass ihnen im Rahmen der anstehenden ‚Reformen‘ des Dienst-, Versorgungs- und Laufbahnrechtes nicht auch noch die Schuhe abhanden kommen.“



KANDIDATEN ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN 2011

**Personalrat bei der Polizeidirektion
Oberlausitz – Niederschlesien**



Mike Springer

„Mir ist wichtig, dass anstehende Aufgaben bestmöglich auf das vorhandene Personal verteilt werden, dass bei Umsetzungen, Versetzungen und Abordnungen die sozialen Belange der Beamten und Beschäftigten berücksichtigt werden und dass bei der Dienstplanung auch auf die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Freizeit geachtet wird. Weiterhin werde ich mich dafür einsetzen, dass es auch in Zukunft für Bedienstete, welche nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, ausreichende Möglichkeiten für eine sinnvolle Verwendung im Polizeivollzugsdienst gibt. Die Erhaltung der Servicebereiche bei der Polizei zur Unterstützung des Vollzugsdienstes hat für mich ebenfalls einen hohen Stellenwert.“



Annett Teuber

„Wesentlich und wichtig ist mir, dass ich für unsere Beschäftigten Ansprechpartner für Probleme und Konflikte bin, die den Arbeitsplatz oder die Bewältigung von Arbeitsaufgaben betreffen. Ich werde informieren, beraten und Hilfestellung geben und unter Inanspruchnahme der rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Gesetzen, des TV-L, Vorschriften und Weisungen beitragen, bei Verstößen den Dienststellenleiter informieren und auf Lösungen hinwirken. Mitwirkung und Einflussnahme bei allen Entscheidungen, welche das Tarifpersonal insbesondere betreffen (z. B. Eingruppierung, soziale Belange, Begleitung bei BEM), müssen durchgesetzt werden.“

Personalrat bei der Polizeidirektion Westsachsen



Frank Richter

An alle Mitglieder der Kreisgruppe Westsachsen der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Bezirksgruppe Westsachsen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter BDK und an alle Wähler!

„Im Mai finden in der sächsischen Polizei die Personalratswahlen 2011 statt, so auch bei uns in der Polizeidirektion Westsachsen. Die Kreisgruppe der GdP und die Bezirksgruppe des BDK unserer Dienststelle gehen dabei mit einer gemeinsamen Vorschlagsliste der GdP und des BDK ins ‚Rennen‘.“

Schon im März haben der Landesverband Sachsen des BDK und die Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen e.V. eine Kooperationsvereinbarung zur Begleitung der Dienstrechtsreform und des Projektes Polizei.Sachsen.2020 abgeschlossen.

Bei einer unlängst durchgeführten Sachverständigenanhörung durch den sächsischen Innenausschuss des Sächsischen Landtages resümierte der sächsische GdP-Vorsitzende Hagen Husgen, dass die „... Berufsvertretungen bis zur Erstellung des Grobkonzeptes nicht einbezogen wurden.“ Uwe Baumert als BDK-

Vorsitzender Sachsen brachte zum Ausdruck, dass es für den „BDK als Fachverband und Berufsvertretung ein hoher Anspruch ist, sich mit den geplanten Reformen genauer auseinanderzusetzen bzw. diese einzusehen“. Wir lassen uns nicht hinhalten und abspeisen. Wir fordern Beteiligung und Gehör in Eurem Namen!

Das, was vor uns liegt, verlangt Zusammenarbeit ohne Eitelkeiten und Populismus sowie das Bohren „dicker Bretter“ mit Verstand und langem Atem. Über die „Kraft der Personalräte“ können Eure Probleme am wirksamsten auch bei der späteren Umsetzung der anstehenden Strukturveränderungen eingebracht werden.

Wir sind für Euch am Ball und verteidigen Eure Rechte! Lasst uns den Sach- und Fachverband der Kandidaten der gemeinsamen Liste nutzen und gebt Eure Stimme zur anstehenden Wahl der Vorschlagsliste GdP/BDK!“



Personalräte bei der Bereitschaftspolizei Sachsen

Bezirkspersonalrat

„Die Einsatzbelastung der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei unterliegt einer stetigen Steigerung. Die sich daraus ergebenden Probleme wie Arbeitszeitberechnung, Gesundheitsfürsorge und Motivation erscheinen als unendliche Geschichte.“

Um im Interesse der Beschäftigten, aber auch des Dienstherren, Lösungen zu finden, bedarf es einer starken Personalvertretung. Deshalb erscheint es mir wichtig, die Zusammenarbeit der einzelnen Personalvertretungen zu intensivieren.

Die Lösungen der Probleme können vielfältig aussehen. Ich denke da an Altersteilzeit, Arbeitszeitberechnung, Einsatzbelastung, Versetzungen, Strukturreform oder auch Personalentwicklungskonzept und den Einklang von Beruf und Familie.“



Frank Karg

Personalrat beim Präsidium der Bereitschaftspolizei

„Unser Team für das BPP hat sich folgende Aufgaben auf die Fahnen geschrieben:

- Durchsetzung der Einsatzzeiten nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 100% Arbeitszeitberechnung bei mehrtägigen Einsätzen.
- Anerkennung der Wechseldienstzulage für Einsatzeinheiten.
- Der Stellenabbau darf sich nicht in Kürzungen der Personalstärken von Einsatzeinheiten widerspiegeln.
- Die Schaffung von besseren und gerechten Aufstiegsmöglichkeiten.
- Anhebung der Dienstpostenbewertung.
- Das Recht auf Fortbildung darf trotz Sparmaßnahmen nicht eingeschränkt werden.
- Die konsequente Fortführung der Forderung nach Wiedereinführung der Sonderzulage.
- „DPNA“ zu seinem Ursprung als Dienstzeitnachweis zurückzuführen“.



Thomas Pfeil

Personalrat bei der Bereitschaftspolizei Chemnitz

„Die Schwerpunkte meiner Arbeit sehe ich in folgenden Aspekten:

- Unsere Dienststelle – unser Fundament, dieses gilt es zu erhalten.
- Heimatnahe Verwendung – ein sorgsamer Umgang mit der Ressource Mensch, in der Balance von Familie und Beruf ist die Grundlage für Leistungsfähigkeit und ein erfülltes Berufsleben bis ins Alter.
- Arbeitsschutz – ich bin Gegner einer „Zwei-Klassen-Polizei“, was Bekleidung, Schutzausrüstung und Ausstattung am gleichen Arbeitsplatz betrifft.
- Leistungsanerkennung – Nacht-, Feiertags- und Wochenenddienste sollten attraktiver vergütet werden.
- Mitgestalten – für ein positives Berufsbild und hohes Ansehen der Polizei in der Gesellschaft – als Anreiz für motivierten, leistungsfähigen Nachwuchs in allen Bereichen.“



Mike Natschke

KANDIDATEN ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN 2011**Personalrat bei der Bereitschaftspolizei Dresden****Erika Sieber**

„Die Kollegen der Bereitschaftspolizei beschäftigen im Moment drei Problemfelder. Zum einem die neue Struktur, zum anderen die Einsatzbelastung und in dem Zusammenhang die Berechnung der Arbeitszeiten. Ich schätze die hohe Motivation und Bereitschaft meiner Kollegen, mit der sie die vielfältig gestellten Einsatzeanlässe in der Bereitschaftspolizei lösen. Ich habe zum Ziel, durch die Strukturierung der Arbeitszeiten die Einsatzbelastung für den Einzelnen zu senken. Da unsere Aufgaben nur durch ein starkes Team zu lösen sind, sehe ich weitere Schwerpunkte in der Erhöhung der IST-Zugstärken, moderaten und sozial verträglichen Zu- und Abversetzungen und nicht zuletzt einer strukturierten Fortbildung.“

**David Just**

„Die Weiterentwicklung der Logistik und Servicebereiche bei der Bereitschaftspolizei, verbunden mit den notwendigen personellen Anpassungen, sind für mich wichtig. Gleiches gilt für den Erhalt von Arbeitsfeldern und Arbeitsplätzen in meiner Dienststelle. Meine Kolleginnen und Kollegen bei der Bereitschaftspolizei sind ständig hohen Belastungen ausgesetzt. Wichtig für mich ist die Anerkennung dieser außergewöhnlichen Leistungen durch Änderungen von gesetzlichen Regelungen, Zulagen und Ausgleiche zum Beispiel Bewilligung der Altersteilzeit sowohl im Grundmodell als auch Blockmodell oder das „Weihnachtsgeld“ auf 12 Monate verteilen und das für alle Bediensteten der Bereitschaftspolizei.“

Personalrat bei der Bereitschaftspolizei Leipzig**Falk Reinhold**

„Die Beamten bei der Bereitschaftspolizei sind ständig hohen Belastungen ausgesetzt. Zur Entlastung der Beamtinnen und Beamten und zur eigenen Aufgabenerledigung müssen ausreichend unbefristete Stellen für Tarifpersonal geschaffen werden und es darf keinen Stellenabbau mehr geben. Befristete Stellen sollten die Ausnahme sein, um auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeit leisten zu können.“

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass es bei der Eingruppierung und Höhergruppierung gerecht zugeht sowie Aufstiegschancen gewahrt bleiben.“

**Mike Mähler**

„Ich möchte mich mit Unterstützung meines Teams dafür einsetzen, dass die Dienstzeiten bei Einsätzen in einem erträglichen Rahmen bleiben und außergewöhnliche Leistungen auch entsprechend gewürdigt werden (z. B. 100% Schreibweise bei mehrtägigen Einsätzen). Der Stellenabbau soll sich nicht in den Einsatzzeiten widerspiegeln. Die Personalstärken in den Einsatzzügen und der BFE muss 100% einsatzfähige Beamte enthalten. Qualität und Quantität der Fortbildung von Beamten darf sich nicht weiter verschlechtern. Bei der Versetzung in den Einzeldienst muss es fair und gerecht zugehen. Die Versetzung und der Versetzungsort müssen jedem Beamten zeitgerecht mitgeteilt werden.“

Personalrat bei der Polizeidirektion Chemnitz – Erzgebirge



André Görner

„Ich setze mich unter anderem für eine Honorierung bei erheblich überdurchschnittlichen Leistungen im Tarifbereich durch verkürzte Stufenlaufzeiten ein. Gleiches gilt nach mehreren „Nullrunden“ für die Auszahlung von Leistungsprämien. Des Weiteren möchte ich Ansprechpartner bei Problemen der Kolleginnen und Kollegen sein, um gemeinsam mit ihnen nach Lösungen zu suchen.“

Bei der Umsetzung der neuen Polizeistrukturen werde ich mich für die Belange der Arbeitnehmer einsetzen, um Bestmöglichstes für ihre zukünftige Arbeit bei der sächsischen Polizei zu erreichen.“



Klaus Heinze

„Der als Strukturreform bezeichnete Personalabbau wird die Arbeitsbelastung für viele Beschäftigte erhöhen. Mir ist wichtig, dass diese Belastungssteigerung begrenzt und erbrachte Leistungen angemessen gewürdigt werden.“

Darüber hinaus muss neben dem Beruf auch ein tatsächliches Familienleben möglich bleiben. Ebenfalls wichtig erscheint mir, dass eine moderne, den Aufgaben entsprechende Ausstattung zur Bewältigung der wachsenden Aufgaben zur Verfügung gestellt wird. Hierzu gehört vor allem eine sichere und moderne Schutzausrüstung

Personalrat bei der Polizeidirektion Oberes Elbtal – Osterzgebirge

„Die kommende Wahlperiode wird eine Herausforderung für die künftigen Personalräte sein. Im Hinblick auf das Projekt „Polizei. Sachsen.2020“, welches hier zusätzlich durch die Personalvertretungen mit abarbeiten ist, kommen Probleme wie evtl. Dienortwechsel, Besetzungen von Funktionsstellen, soziale Einzelschicksale usw. auf uns zu, „also die Karten werden neu gemischt“. Nur durch eine sachliche, fachliche sowie konstruktive Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen der Dienststellenleitung wird es möglich sein, das Projekt im Interesse aller Beschäftigten auch sozial verträglich durchzuführen. Selbstherrlichkeit und Herrschaftswissen sind fehl am Platz und bringen eher Frust und Gleichgültigkeit hervor. Mir persönlich ist es wichtig, dass die Gerüchteküche nicht die Oberhand gewinnt. Noch zu lösende Probleme sind zu analysieren, mit allen Beteiligten zu besprechen und damit eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.“



Uwe Sparmann

„Mir ist wichtig, dass anstehende Aufgaben bestmöglich auf das vorhandene Personal verteilt werden, dass bei Umsetzungen, Versetzungen und Abordnungen die sozialen Belange der Beamten und Beschäftigten berücksichtigt werden und dass bei der Dienstplanung auch auf die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Freizeit geachtet wird. Weiterhin werde ich mich dafür einsetzen, dass es auch in Zukunft für Bedienstete, welche nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, ausreichende Möglichkeiten für eine sinnvolle Verwendung im Polizeivollzugsdienst gibt. Die Erhaltung der Servicebereiche bei der Polizei zur Unterstützung des Vollzugsdienstes hat für mich ebenfalls einen hohen Stellenwert.“



Uwe Wendt



KANDIDATEN ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN 2011

**Personalrat bei der Polizeidirektion
Südwest-Sachsen**



Hans-Peter Scheidler

„An der Spitze einer Mannschaft werde ich mich im Prozess der Strukturreform 2020 für die Belange und das Wohl unserer Mitarbeiter einsetzen.“

Der intensive Kontakt vor Ort, in den Dienststellen, dort wo die Probleme und Konflikte entstehen, wird mein Handeln prägen. Nur so kann eine zielgerichtete Lösung gesucht und auf den Weg gebracht werden.

Die neuen Strukturen müssen so gestaltet werden, dass dienstliche Erfordernisse im Einklang mit den sozialen Komponenten stehen. Dafür stehe ich.“

**Personalrat bei der Landespolizeidirektion
Zentrale Dienste Sachsen**



Torsten Scheller



Annett Voigtländer

„Der Leitgedanke unseres Handelns ist, sich gemeinsam und mit allen Beschäftigten unserer Dienststelle für eine verbesserte Qualität, Effektivität, Effizienz bei der Aufgabenerfüllung der sächsischen Polizei und nicht zuletzt bei der Gewährleistung der Sicherheit, mindestens auf dem bisherigen Niveau einzusetzen.“

Dabei war und ist für uns auch in der Zukunft besonders wichtig:

1. Veränderungen in der sächsischen Polizei sollten polizeifachlich begründet und auf der Grundlage einer wirklichen Aufgabenkritik erfolgen.
2. Die Interessen der Polizeibeamten, Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten zu vertreten.
3. Keine Privatisierung von Aufgaben, die in der Polizei für die Polizei erledigt werden.
4. Ausgliederte Aufgaben und abgeordnete Beschäftigte der Polizei sind endlich zurückzuführen.
5. Dass die Erledigung der Aufgaben in der Polizei mit entsprechend qualifiziertem sowie unbefristet eingestelltem Personal realisiert wird.
6. Die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird. Dazu gehören u. a. eine gerechte Eingruppierung und Bezahlung, die Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation sowie des Aufstieges. Des Weiteren darf die Dienstrechts- und Versorgungsreform des Freistaates Sachsen aus unserer Sicht nicht zu weiteren Belastungen der Beamten führen.“

Dienstunfall durch „Händedruck“ erst im Klageverfahren anerkannt

Im vorliegenden Fall kam es bei der allmorgendlichen Begrüßung mit dem zuständigen Leiter eines Polizeireviers zum obligatorischen Händedruck. Hierbei verletzte sich unser Beamter am Mittelfinger der rechten Hand mit den Folgen von Bewegungseinschränkungen.

Der Dienstunfallanzeige unseres Kollegen folgte auf Antrag der Dienststelle eine Vorstellung beim Polizeiarztlichen Dienst. Im Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen wurde festgestellt, dass aufgrund der noch bestehenden Schmerzsymptomatik die Griffsicherung der Dienstwaffe nicht sicher gehandhabt werden kann. Um Bereitstellung einer alternativen Dienstwaffe mit einer anderen Sicherung wurde aus ärztlicher Sicht gebeten.

Knapp anderthalb Jahre nach der Dienstunfallanzeige lehnte das Landesamt für Steuern und Finanzen eine Anerkennung als Dienstunfall ab. In der Begründung verwies man hierbei auf § 31 Beamtenversorgungsgesetz, dass ein Dienstunfall auf eine äußere Einwirkung beruhendes, plötzlich, örtlich und zeitlich

bestimmbares, einen Körperschaden verursachendes Unfallereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist. Bei dem geschilderten Händedruck kam es zwar zu einer Einwirkung durch die Hand des gegenüberstehenden Revierleiters, doch handelte es sich um einen natürlichen, üblichen und wiederkehrenden Vorgang, der bewusst gesteuert und auch berechenbar war. Ein Unfallereignis mit einer plötzlichen bzw. unvorhersehbaren einwirkenden Kraft lag aber hier demnach aus Sicht des Landesamtes für Steuern und Finanzen nicht vor.

Von Seiten der Rechtsschutzkommission wurde das Rechtsschutzbegehren befürwortet und unser Kollege konnte mit anwaltlicher Unterstützung gegen den ablehnenden Bescheid vorgehen. In seiner Argumentation legte der vertretende Rechtsanwalt dar, dass eine Begrüßung durch den Revierführer alleine aufgrund der Tatsache erfolgt ist, dass es sich bei dem Kläger um einen im Dienst befindlichen Mitarbeiter gehandelt hat. Insofern besteht ein Zusammenhang mit dem Dienst. Der Händedruck ist in Anbetracht

des Über-/Unterordnungsverhältnisses erfolgt und war von der dienstlichen Sphäre geprägt. In einer erneuten Ablehnung durch das Landesamt für Steuern und Finanzen wird argumentiert, dass der Händedruck gegenüber einem Dienstvorgesetzten keinen Bezug auf eine dienstliche Tätigkeit darstellt. Der Händedruck ist dem privaten bzw. dem eigentwirtschaftlichen Bereich des Beamten zuzurechnen.

Nach Klageeinreichung unseres Kollegen gab es nach nunmehr fast vier Jahren seit dem o. g. Ereignis eine Entscheidung beim zuständigen Verwaltungsgericht. Mitten in der mündlichen Verhandlung erklärte der Vertreter des beklagten Freistaates Sachsen den Klageanspruch unseres Kollegen und somit die Anerkennung als Dienstunfall. Das Verfahren wurde eingestellt und der Freistaat Sachsen als beklagte Partei trägt die Kosten des Verfahrens. Somit gehen auch die durch die GdP bisher übernommenen Anwalts- und Gerichtskosten unseres Kollegen zu Lasten des Freistaates Sachsen.

*Uwe Wendt
Mitglied der Rechtsschutzkommission*

KREISGRUPPE LEIPZIG

Ausfahrt der Senioren der Kreisgruppe der Polizeidirektion Leipzig

Wann: 1. Juli 2011

Treffpunkt: 10.00 Uhr am Haupteingang des Paunsdorfcenter/Kartoffelhaus

Abfahrt: 10.15 Uhr

Ablauf: 1. Besuch der Burg Mildenstein in Leisnig
2. Besuch des Klosters Buch mit Mittagessen

Verbindliche Anmeldung bis zum **25. Mai 2011** (nur begrenzte Platzkapazität)
an Rosi Kundt unter: 03 42 91/3 32 71 (mit Anrufbeantworter),
0 15 20/8 81 93 26 (GdP-Phone)
oder 01 76/54 75 18 60

Sollten die Partner an der Ausfahrt teilnehmen wollen, so müssen diese den Unkostenbetrag selbst tragen, welcher im Bus eingesammelt wird.



Rosi Kundt



Keine Gewalt

Ein paar persönliche Gedanken zum Demogeschehen der letzten Wochen.

„Die Welt scheint aus den Fugen“, stellte Landespolizeipräsident Merbitz nach dem 19. Februar im Polizei-Intranet fest. Und in der Tat erleben wir Neuartiges, bisher in dieser Intensität nicht Bekanntes. Viele, sehr viele Menschen trauen der Politik offenbar nicht mehr. Sie nehmen die Dinge selbst in die Hand. Sie beantworten die Frage zum Verhältnis von Recht und Moral (was scheinbar auseinanderzufallen scheint) auf ihre Art. Erleichtert wird das durch neue Formen der Kommunikation, die Menschen untereinander vernetzen und in Sekunden mit Informationen versorgen, die früher tagelang brauchten. Bürger blockieren Naziaufmärsche, genauso wie sie oder andere Atomtransporte blockieren oder den Ausbau eines Bahnhofes. Ich glaube, es nutzt wenig, das zu kriminalisieren. Zumal friedliche Blockaden eben nicht per se kriminell sind. Was selbstverständlich auf jeden Fall zu kriminalisieren ist, ist Gewalt. Gewalt ist kein Mittel zur Durchsetzung von Politik! Wer seine Meinung mittels gewalttätiger Angriffe auf andere Menschen durchsetzen will, der gehört für mich zum Mob und muss bestraft werden. Ganz egal, wo er sich selbst politisch zugehörig fühlt oder wo ihn andere einordnen. Über die friedliche Form des Widerstandes aber werden wir nachzudenken haben. Als Polizei und

erst recht als Gewerkschaft. Die Gesellschaft polarisiert sich immer mehr, ja vermutlich radikalisiert sie sich auch.

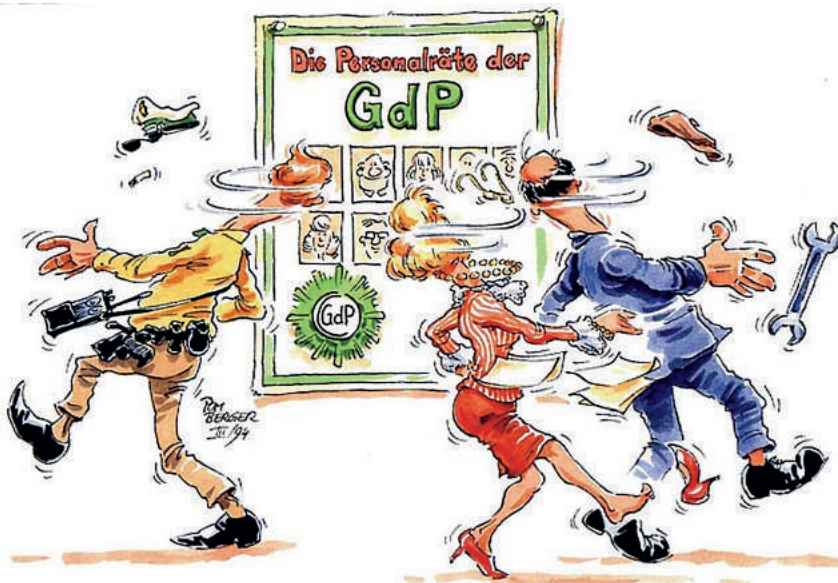
Es scheinen stürmische Zeiten zu kommen. Irgendwann wird uns niemand die neutrale Rolle mehr abnehmen.

Wir werden Farbe bekennen müssen. Denn wir stehen in Bündnisbeziehungen. Wir sind mit allen Menschen verbunden, die für soziale Gerechtigkeit eintreten. Wir sind im DGB. Und Antifaschismus ist Teil unseres Selbstverständnisses. Das ist auch gut so. Denn Faschismus ist gefährlich. Mit scheinbar einfachen Antworten vernebelt er die Köpfe der Menschen. Wer ihm erliegt, kommt schlecht davon los. Er wird zum Teil eines verbrecherischen, menschenverachtenden, gewalttätigen politischen Spektrums. Es leben noch genügend Zeitzeugen, die berichten können, wo das letztlich hinführt. Gegen die schleichende Verbreitung dieser Ideologie hilft nur entschiedenes Handeln. Gut gemeinte Menschenketten halten die Nazis nicht auf. Richtig ist, ihnen keinen Fußbreit Öffentlichkeit zu überlassen. Nichts anderes versuchen Menschen, mit friedlichen Blockaden zu erreichen. Viele dieser Menschen sind unsere Bündnispartner. Vor kurzem standen wir Seite an Seite mit ihnen vor dem Landtag. Sollten wir da nicht unterscheiden, wer Freund und Feind ist? Muss jeder Auftrag mit solcher Inbrunst ausgeführt werden wie am 5. März in Chemnitz? Ich glaube nicht. Es geht nicht darum, ob das Recht durchzusetzen ist.

Wenn die Nazidemo genehmigt ist, müssen wir sie gewährleisten. Wir baden aus, was die Politik versäumt. Das ist alles bekannt. Es geht um das „Wie?“. Muss der „normale“ Bürger angesichts offenbar mitunter recht unverhältnismäßigen Vorgehens nicht meinen, antifaschistischer Protest werde gewaltsam verhindert, ja „niedergeknüpelt“? Wie 1929? Ältere Menschen erinnern sich schmerzlich an solche Texte: „Die Straße frei den braunen Bataillonen ...“. Sie hatten sich doch 1945 geschworen: „Nie wieder!“. Unerträglich muss da das Sehen und Erleben heute sein. Ich glaube, angesichts dessen hätte es uns gut zu Gesicht gestanden, in der Auswertung der Einsätze die Ursachen mehr in den Vordergrund zu rücken. Also: Statt zu resümieren, die NPD sei legal, ihr baldiges Verbot zu fordern; statt die Gegendemonstranten pauschal zu kriminalisieren, die Entscheidung der Gerichte und der Polizeibehörde zu kritisieren; statt die eigenen Verluste (die ich natürlich außerordentlich bedauere) besonders herauszustellen, auch mal ein Wort zu den zahlreichen Verletzten auf der Gegenseite zu verlieren usw. Vielleicht auch etwas Verständnis für das Anliegen der Gegendemonstranten zu zeigen. Damit hätten wir jedenfalls ein Zeichen setzen können. Eine derart ichbezogene Darstellung führt uns eher in die Isolation. Wer aber vom Volk isoliert ist, neigt zum Abheben. Er kann dann leicht instrumentalisiert werden. Wo stehen wir, sollte die Welt mal richtig „aus den Fugen“ geraten, wie im Moment in Arabien? Das sollten wir im Auge behalten. Und ich finde, wir sollten es diskutieren.

Ein nachdenklicher

Bernd Rudolph



TAUSCHGESUCH

Berlin – Sachsen

Ich bin KK'in aus Berlin, komme ursprünglich aus Sachsen und möchte aus familiären Gründen wechseln. Daher suche ich einen Tauschpartner aus Sachsen.

Bei Interesse bitte melden unter:

Nadja Becher

Borussiastraße 53

12099 Berlin

nadja_becher@web.de

01 52/08 73 97 61





Schwerpunkte/Organisation der Präventionsarbeit

... in Sachsen

Polizeiliche Prävention hat im Freistaat Sachsen von Anfang an einen sehr hohen Stellenwert. Präventionsprojekte und -aktionen sind seit Jahren fester Bestandteil der täglichen Aufgabenerfüllung der sächsischen Polizei. Auf Kriminalität nicht nur zu reagieren, sondern ihr effektiv und offensiv zu begegnen, sie gewissermaßen an den Wurzeln zu packen, erfordert eine umfassende, ganzheitliche und gesamtgesellschaftliche Vorgehensweise. Ohne diesen ressort- und institutiensübergreifenden Ansatz, ohne die Einbeziehung von Erziehungssträgern, von kommunalpräventiven Gremien und Initiativen, von Kirchen, Interessenvereinigungen und Einzelpersonen bleibt Prävention Stückwerk oder zumindest weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Einer der wichtigsten Faktoren überhaupt in der Prävention ist der handelnde, der agierende Mensch, der die Präventionsvorhaben vor Ort umsetzt. Ohne sein Engagement, ohne seine Identifizierung mit der Aufgabenstellung, ohne seine Bereitschaft und Fähigkeit, sich und andere täglich neu zu motivieren und zu begeistern, wird auch das beste Präventionskonzept nicht funktionieren. In Sachsen verkennt die Staatsregierung die Bedeutung dieses Ansatzes! Im Organisationskonzept zur künftigen Struktur der sächsischen Polizei ist u. a. auch die Reduzierung der hauptamtlich in der Prävention eingesetzten Beamten und in der Konsequenz die Zerschlagung der derzeitigen polizeilichen Prävention vorgesehen. Anstelle der derzeit 229 Stellen in der Prävention soll es im Jahr 2020 noch 30 Stellen in den Polizeidirektionen geben. Da liegt es auf der Hand, dass es polizeiliche Prävention nicht mehr wie bisher geben kann! Insbesondere die Zielgruppen Kinder und Jugendliche, aber auch Senioren werden sächsische Polizeibeamte künftig nur noch bei repressiver Aufgabenwahrnehmung erleben. Polizeiliche Präventionsarbeit wird sich, sollten finanzielle Mittel vorhanden sein, auf die Verteilung von Präventionsmedien begrenzen. Die Zahlen der PKS werden zeigen, was von diesem Ansatz zu halten ist.

Christin Gerull M.A.

... in Sachsen-Anhalt

Die Dienst- und Fachaufsicht für die Prävention der Behörde liegt in der Zuständigkeit des Dezernates. Mit nur sechs Kolleginnen und Kollegen sind der direkten Präventionsarbeit deutliche Grenzen gesetzt. Die Umsetzung soll und muss also in den Polizeirevierern erfolgen. Trotzdem wird eine Vielzahl von delikts- und zielgruppenorientierten Präventionsstrategien entwickelt und erarbeitet.

Das Dezernat berät und unterstützt die Dienststellen und Organisationseinheiten bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Bekannt durch eine Reihe von Sendungen im Fernsehen wie Kripo live ist der Präventive Journalismus. Medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit zu vielfältigen Themen der Verhaltensprävention im Rahmen der mit dem MDR vertraglich vereinbarten Live-Auftritte bzw. Fernsehsendungen sind vielen vertraut. Aber auch bei Großveranstaltungen, Festen und Kundgebungen ist oft ein Informationsstand mit mannigfaltigen Prospekten vor Ort. Die Kriminalprävention lebt von der Bewertung der Lageentwicklung und Medienmitteilungen für operative Präventionsmaßnahmen. Aktuelle Themen werden von der Bevölkerung gefordert. Dazu gehören aber auch langfristige Projekte Häusliche Gewalt, Opferschutz, Sucht-/Drogenprävention und Zivilcourage/Wehr Dich. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Jugendprävention. Es erfolgt die Sammlung und Bewertung von Erkenntnissen zu jugendlichen Tätern, Tatmethoden und Begehungsweisen zur Auswertung und Einleitung von operativen Maßnahmen unter präventiver Sicht. Der ständige Besuch von Schulen und Bildungseinrichtungen ist selbstverständlich und beansprucht einen Großteil der Zeit.

Uns allen liegt der Kinder- und Jugendschutz besonders am Herzen. Weitere Schwerpunkte sind die Themen Extremismus und Verkehrsprävention. Erfahrene Kollegen koordinieren die Zusammenarbeit mit Schulen, Einrichtungen, Kommunen und Netzwerken zur Durchführung einer abgestimmten Verkehrspräventionsarbeit.

Jens Isensee

... Thüringen

Die Erfüllung präventiver Aufgaben obliegt allen Arbeitsebenen der Thüringer Polizei! Das Aufgabenspektrum „Polizeiliche Kriminalprävention“ wird im Landeskriminalamt Thüringen durch den Sachbereich Prävention innerhalb der Organisationseinheit Präsidialbüro abgedeckt. Darin sind folgende fachspezifische Bereiche eingebunden:

- Zentrale Polizeiliche Beratungsstelle (ZPBS),
- Zentralstelle für Jugendsachen und Drogenprävention (ZSJD),
- Koordinierungsstelle für Polizeilichen Opferschutz (KfO),
- Kriminalpräventive Grundsatz- und Gremienarbeit sowie sachbereichsübergreifend die verhaltensorientierte Prävention und die Kommunalprävention.

Die Polizeidirektionen haben im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben die Kriminalprävention in ihrem regionalen Zuständigkeitsbereich zu organisieren und zu koordinieren. Vergleichbar der Struktur im LKA Thüringen arbeiten in den Polizeidirektionen Beauftragte für Jugendsachen und Drogenprävention (BfJD), Mitarbeiter in den Polizeilichen Beratungsstellen (PBS) mit Schwerpunkt auf verhaltensorientierte und technische Beratung und des Polizeilichen Opferschutzes. Für die Organisation und Ausführung präventiver Aufgaben auf lokaler Ebene sind die nachgeordneten Polizeiinspektionen zuständig. Kriminalprävention als eine Kernaufgabe der Polizei bezieht sich nicht nur auf einzelne Fachdienststellen. Dafür hat die gesamte Polizei einen unverzichtbaren Beitrag zu leisten. „Polizeiliche Kriminalprävention umfasst im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Kriminalprävention eigenständig durch die Polizei wahrzunehmende Aufgaben sowie die Mitwirkung an Präventionsmaßnahmen anderer Verantwortungsträger.“

Letzteres bedeutet jedoch nicht die Übernahme kriminalpräventiver Aufgaben anderer Träger. Der Beitrag der Polizei besteht vor allem darin, diese auf kriminalitätsrelevante Probleme hinzuweisen und zur Problemlösung benötigte Informationen bereitzustellen. *Rolf Neubauer*

